

POSTULAT von Barbara Franzen, (FDP, Niederweningen), Markus Schaaf, (EVP, Zell) und Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich)

Betreffend Mehr Sicherheit im Kanton Zürich

Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, wie der in § 3 Kantonspolizeiverordnung (KapV; LS 551.11) geregelte Sollbestand der Kantonspolizei sukzessive aufgestockt werden kann. Bis Ende Legislatur 2023 – 2027 soll der Sollbestand der Kantonspolizei zwischen 2400 und 2450 (heute: 2'317) betragen. Die zusätzlichen Einsatzkräfte sollen in der Grundversorgung (Regionalpolizei) und für sicherheitspolizeiliche Aufgaben (Observation von Gefährdern und Gruppierungen) eingesetzt werden. Es soll auch aufgezeigt werden, wie die sukzessive Aufstockung des Sollbestandes saldoneutral entwickelt werden kann. Wir denken an eine Straffung des Verwaltungsapparates über alle Konsolidierungskreise.

Begründung

Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren weltweit und grundlegend geändert. Das betrifft auch das Sicherheitsempfinden und die aktuelle Sicherheitslage in der Schweiz und im Kanton Zürich. Noch akzentuiert hat sich die Lage seit dem 7. Oktober 2023. So müssen beispielsweise im Ausland verbotene Gruppierungen (z.B. Samidoun) neu und vermehrt auch in der Schweiz beobachtet werden. Nicht nur jüdische Institutionen, sondern auch Weihnachtsmärkte und andere Grossveranstaltungen müssen stärker geschützt werden als zuvor. Weiter muss eine erhöhte Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft festgestellt werden.

Zwar vermag die Kantonspolizei zurzeit ihrem Grundauftrag nachzukommen. Jedoch ist dies mit Blick auf die veränderte Sicherheitslage, die gewachsene und weiter wachsende Einwohnerzahl sowie die zusätzlichen komplexeren Aufgaben (z.B. Cyberkriminalität) für die Zukunft zumindest nicht mehr garantiert. Gleichzeitig geraten die Angehörigen der Polizei immer stärker unter Druck. Eine erhöhte Fluktuation bei der Kantonspolizei weist darauf hin, dass der Polizeiberuf an Attraktivität eingebüsst hat.

In den vergangenen Jahren wurden mit Blick auf neue Bedrohungen neue Abteilungen ohne nennenswerte Erhöhung des Bestandes aufgebaut, womit weniger Polizisten zur Erfüllung von Grundversorgungsaufgaben zur Verfügung stehen. Das vorliegende Postulat legt den Fokus deshalb auf die Grundversorgung: Die zusätzlichen Stellen sollen vor allem der Regionalpolizei und für sicherheitspolizeiliche Aufgaben eingesetzt werden.

Mit einer angemessenen Erhöhung des Sollbestandes kann nicht nur die Aufgabenerfüllung gewährleistet werden, sondern es können auch Überlastungen der Polizisten vermieden werden, was sich insgesamt positiv auf die Sicherheitslage im Kanton auswirken wird.

Barbara Franzen
Markus Schaaf
Sonja Rueff-Frenkel